

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

eingbracht am 15.01.2026, 11:07:42

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne)

Fraktion(en): Grüne

Regierungsmitglied(er): Landeshauptmann Mario Kunasek

Betreff:

Unterstützung der Steiermark für eine Grundsteuerreform zur Stärkung von Städten und Gemeinden

Viele steirische Städte und Gemeinden stehen finanziell vor dem Abgrund. Mittlerweile sind es nicht nur Gemeinden mit abnehmender Bevölkerungszahl und zunehmender Überalterung, die enorm gefordert sind, sondern auch Städte und Gemeinden mit wachsender Bevölkerung. Infrastruktur, Bildungsangebote und Versorgungseinrichtungen mit zentralörtlicher Funktion führen zu kaum stemmbaren budgetären Belastungen. Eine Auswertung von Daten des Städte- und Gemeindebundes hat ergeben, dass annähernd die Hälfte aller österreichischen Gemeinden nicht mehr in der Lage ist, ihren ordentlichen Haushalt ausgeglichen zu führen.

Die Grundsteuer ist eine der wenigen Abgaben, die ausschließlich den Städten und Gemeinden zu Gute kommt. Eine entsprechende Änderung würde daher zu 100% in die Gemeindebudgets fließen. Es reicht nicht, wenn FPÖ und ÖVP gebetsmühlenartig neue Steuern kategorisch ausschließen, aber keine Strategie haben, wie die Gemeinden und Städte in der Zukunft ihren Aufgaben gerecht werden können. Trotz massiver Forderung von Städte- und Gemeindebund wurden die Kommunen von der Steiermärkischen Landesregierung im Regen stehen gelassen. In den letzten sechs Monaten der Vorsitzführung der Steiermark in der Landeshauptleutekonferenz gab es keine wahrnehmbare Reforminitiative der Steiermark.

Ohne eine Anpassung der Grundsteuer wird es nicht gehen, wie viele Expert:innen bestätigen. Städte- und Gemeindebund fordern seit Jahren eine Reform. Durch das mittlerweile mehr als 50 Jahre lange Unterlassen der Aktualisierung der Grundsteuer stimmt die Bemessungsgrundlage längst nicht mehr mit den wahren Wertverhältnissen der Liegenschaften überein. Eine eklatante Ungleichbehandlung der Steuerpflichtigen ist damit seit Jahren gegeben. Das Steuerpotenzial dieser Vermögenssteuer, die ausschließlich dem Ertrag der Gemeinden zukommt, muss endlich auf ein zeitgemäßes Niveau gehoben werden.

Eine realistische Politik für unsere Kommunen ist jetzt gefragt. Statt mit überholten ideologischen Bekenntnissen und Scheuklappen die steirischen Gemeinden immer weiter in finanzielle Schieflagen zu drängen, wäre längst entschlossenes Handeln gefragt.

Es wird daher folgende

Anfrage

gestellt:

Werden Sie, Herr Landeshauptmann, sich im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz und als Landeshauptmann gegenüber der Bundesregierung für eine Reform der Grundsteuer einsetzen?

Unterschrift(en):

LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne)